



Sehr geehrte Damen und Herren,



die Rückrufe in Deutschland über <u>lebensmittelwarnung.de</u> haben sich im Vergleich zum ersten Vorhalbjahr um knapp 50 Prozent erhöht. Waren es im Zeitraum vom 01.01. - 30.06.2020 noch 50 Rückrufe, sind es im ersten Halbjahr 2021 bereits 74.

Damit bleiben die Herausforderungen für alle Warenketten-Beteiligten groß, hochwertige Lebensmittel täglich sicher bereitzustellen, so auch der Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) anlässlich des

diesjährigen Welttags der Lebensmittelsicherheit. Nach Schätzungen der WHO erkranken jährlich allein in der europäischen Region über 23 Millionen Menschen durch den Verzehr kontaminierter Lebensmittel.

Die Unternehmen müssen sich aber nicht nur mit den direkten Risiken, wie der Lebensmittelkontamination auseinandersetzen, sondern auch mit den indirekten Risiken wie Warenverfügbarkeit, Tierschutz und Klimawandel, die zukünftig an Bedeutung gewinnen werden. In der öffentlichen Diskussion steht gemäß unseres aktuellen Issue-Monitor Reports die Tierhaltung seit Jahren auf Platz 1, gefolgt von Inhaltstoffen und Umweltauswirkungen.

Ihr Team der AFC Risk & Crisis Consult

TOP-THEMEN

Insektenschutzpaket - beschlossen, aber kritisiert



Am 25. Juni 2021 ist das <u>Insektenschutzgesetz</u> verabschiedet worden. Das Maßnahmenpaket sieht den Schutz wichtiger Biotope für Insekten, eine Verringerung des Pestizideinsatzes und den vollständigen Glyphosat-Ausstieg bis Ende 2023 vor. Damit gehen für Landwirte verschärfte Regeln zum Pflanzenschutz einher, weshalb ihnen zusätzlich finanzielle Unterstützung angeboten wird.

<u>Umweltschutzorganisationen</u> begrüßen auf der einen Seite das neue Insektenschutzpaket als "längst überflüssigen Schritt", aber es greift ihnen zu kurz. Es hätte ein großer Wurf werden können, doch

beispielsweise beim Pestizideinsatz in Schutzgebieten werde nur auf freiwillige Maßnahmen statt auf Ordnungsrecht gesetzt. Das habe gravierende Folgen für die Umwelt und die Landwirtschaft. Ferner wird der Import von belasteten Blühpflanzen aus Produktionsländern, die weiterhin Pestizide einsetzen, kritisiert.

<u>Betroffene Landwirte</u> wehren sich gegen das Insektenschutzgesetz. Befürchtet werden unter anderem gravierende Eingriffe in die Bewirtschaftung und das Eigentumsrecht auf den Betrieben. Acker- und Grünland gehe verloren und die Landwirtschaft unterliege bereits beim Düngen strengen Vorgaben.

Titandioxid – neu bewertet und nicht mehr sicher?

Titandioxid (E171) wird als Weißmacher in Lebensmitteln und Kosmetikartikeln wie Mozzarella, Backmischungen, Kaugummis, Zahnpasta oder Sonnencreme eingesetzt. Nach einer Neubewertung durch die EFSA, unter Berücksichtigung aller einschlägigen verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse, wird Titandioxid als nicht mehr sicher für den Einsatz als Lebensmittelzusatzstoff eingestuft. Begründet wird die Entscheidung damit, dass eine genotoxische und somit potenziell krebserregende Wirkung nicht ausgeschlossen werden könne. Eine für die tägliche Aufnahme sichere Menge sei somit nicht festlegbar. Das BfR hat sich mit den vorliegenden Studien befasst und kommt zu vergleichbaren Schlussfolgerungen.

Als Reaktion auf die EFSA-Veröffentlichung plädiert die deutsche Ernährungsministerin für einen EUweiten Zulassungsstopp in Nahrungsmitteln im Sinne des Vorsorgeprinzips. Verbraucherschützer halten diesen Schritt für längst überfällig. Sie fordern schon seit Jahren ein Verbot. Bereits im Jahr 2019 wurde über das Vorkommen von Titandioxid in Backzutaten berichtet, woraufhin ein deutscher Hersteller die Zutat aus dem Sortiment nahm. Ferner verweisen die Grünen darauf, dass in Frankreich Titandioxid bereits seit 2020 nicht mehr in Lebensmitteln verwendet werden darf, nachdem die französische Agentur für Lebensmittelsicherheit feststellte, dass es an wissenschaftlichen Daten für die Unbedenklichkeit von Titandioxid mangele.

Die <u>Titandioxid-Industrie</u> gibt an, das EFSA-Gutachten derzeit sorgfältig zu prüfen und hofft, mit zusätzlichen Beweisen und Daten dazu beitragen zu können, eventuelle Sicherheitsbedenken auszuräumen.

CO₂-Betäubung – Undercover-Recherche entfacht Diskussion

Um herauszufinden, was genau bei der CO₂-Betäubung geschieht, installierte eine <u>Tierschutzorganisation</u> versteckte Kameras in deutschen Schlachthöfen. Einer dieser Betriebe gilt als Vorzeigeschlachthof mit hohem Bio-Anteil und fungiert als Forschungsschlachthof der Bundesrepublik.

In den Medien werden Undercover-Aufnahmen gezeigt, auf denen Schweine in einer Gondel in ein CO₂-Bad gefahren werden und für mehr als zwei Minuten Panik und Erstickungsanfälle erleiden. Ein Veterinär, der in einem solchen Großschlachthof arbeitet und anonym bleiben möchte, übt scharfe Kritik an dieser Methode. Es sei "ein ganz qualvolles Ersticken, damit sie sich beim Abstechen nicht mehr wehren können" und es gehe dabei "nur um die Wirtschaftlichkeit". Schlachtbetriebe sprechen indes von hohen Tierschutzstandards, einer sicheren Betäubungswirkung und betiteln die Praxis als schonendes Verfahren. Auf Anfrage der Journalisten an das Bundeslandwirtschaftsministerium sei geantwortet worden, dass die EU-Kommission derzeit das europäische Tierschutzrecht überprüfe und sich nach Vorliegen etwaiger Änderungsvorschläge damit auseinandersetze.

Auch innerhalb der Schlachtbranche sorgen die Veröffentlichungen für Kontroversen. Ein

Schlachthofleiter hält die CO₂-Betäubung für "suboptimal" – es sei jedoch nicht ganz einfach, da die Methode rechtlich zugelassen sei, obwohl sie den Tierschutz nicht widerspiegle. Eine Umstellung der Betäubungsanlagen auf Helium wird von einem großen Konzern gefordert – mit Unterstützung vom Max-Rubner-Institut, dessen Studien die Vorteile des Betäubungsgases Helium herausstellen. Eine flächendeckende Umrüstung wäre jedoch mit erheblichen Investitionen und somit erhöhten Produktionskosten für die Schlachtkonzerne verbunden.

ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS

Regenwaldzerstörung durch Sojaanbau



Laut Medienberichten hat sich die SojaAnbaufläche in Südamerika seit dem Jahr 2000 verdoppelt. Die Kulturpflanze steht dabei fast immer in Verbindung mit ökologischen Folgen. Die schnellste Ausweitung hat im brasilianischen Amazonasgebiet stattgefunden, wo sich die Anbaufläche mehr als verzehnfacht hat. Neben Soja haben auch Palmöl, Rindfleisch, Holzprodukte, Kakao und Kaffee einen Anteil an der gerodeten Fläche tropischen Waldes.

Der WWF hat in seinem <u>Bericht</u> eine sogenannte "Weltrangliste der Waldzerstörer" veröffentlicht.

Diese berücksichtigt den Zusammenhang von Handelsbeziehungen und Entwaldung zwischen 2005 und 2017. 16 Prozent der globalen Tropenabholzung in Verbindung mit dem internationalen Handel werden laut dieser Rangliste durch die EU verursacht und sie belegt damit Platz zwei – Spitzenreiter ist China mit 24 Prozent und Indien mit 9 Prozent auf Platz drei. Gemäß Bericht hat Deutschland innerhalb der EU den größten Teil zur Entwaldung beigetragen.

In Brasilien soll ein neues Gesetz verabschiedet werden, welches die Rodung des Regenwaldes unterstützen würde. Als Reaktion darauf haben einige europäische Supermarktketten in einem offenen Brief mit Unterschriften von 41 Unternehmen angekündigt, die Produkte aus Brasilien zu boykottieren, sofern das Gesetz verabschiedet wird. Das neue Gesetz stelle ein Hindernis zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens dar und gefährde die Rechte indigener Gemeinden.

<u>Umweltschutzorganisationen</u> befürworten zwar die Reaktion des Lebensmitteleinzelhandels, allerdings sollte dieser auch sonst seine Produktauswahl und aguellen nachhaltiger gestalten. Weiterbin stelle vor

sollte dieser auch sonst seine Produktauswahl und -quellen nachhaltiger gestalten. Weiterhin stelle vor allem seitens der Sojahändler ein Mangel an Engagement für Natur und Menschenrechte in den Lieferketten ein Problem dar.

Vor diesem Hintergrund haben mehr als 40 europäische, unter anderem auch deutsche <u>Unternehmen</u>, die Europäische Kommission aufgefordert, neue Regeln zur Reduzierung der EU-getriebenen weltweiten Entwaldung zu verabschieden. Es wird ein Verbot von Rohstoffen und Waren gefordert, welche mit ökologischen Komplikationen und Menschenrechtsverletzungen verbunden sind.

VERANSTALTUNGEN

7. September 2021 ONLINE

BVE-Fachseminar "Produktkrise & Rückrufaktion"

12. Oktober 2021 ONLINE

BVE-Krisenmanagement "Expertengespräch"

Moderation, Michael Lendle: Diskussion zu

Moderation & Vortrag, Markus Hinskes:
Anforderungen an das Krisenmanagement" und
Irene Willms: "Gruppenübung
Krisenfallsimulation".

Mehr...

aktuellen Branchenthemen im Rahmen der Anuga.

Mehr...

ALLE TERMINE ANSEHEN

RÜCKRUFE

Zusammenfassung: Rückrufe in Deutschland (01.04. bis 30.06.2021)

Im Zeitraum von April bis März 2021 wurden in Deutschland insgesamt 31 Lebensmittelrückrufe durchgeführt. 2020 war die Branche im gleichen Quartal mit 16 Warnungen deutlich seltener betroffen.

Die meisten Rückrufe gab es in den Teilbranchen Fleisch und Fleischprodukte (5), Mühlen und Stärken (5) sowie Obst und Gemüse (4). Am häufigsten waren eine falsche Deklaration bzw. nicht gekennzeichnete Allergene (7) oder Rückstände von Pflanzenschutzmitteln (5) Auslöser für einen Rückruf. In 9 Fällen wurde aufgrund physikalischer Gefahren gewarnt. Dabei waren die Produkte mit Kunststoff/Plastik (2), Metall (2), Glas (2) oder sonstigen Fremdkörpern (2) kontaminiert oder mussten aufgrund von Erstickungsgefahr (1) zurückgerufen werden.

ZU DEN <u>ORIGINALMELDUNGEN</u>

Warnmeldungen in Europa

Anzahl Food/Feed-Marktentnahmen in Europa in 2021

0

3

4

0

Anzahl Non-Food-Rückrufe in Europa in 2021

1

1

MANAGING YOUR SUCCESS SINCE 1973



Sitz der Gesellschaft: Bonn, eingetragen: AG Bonn HRB 16784 Geschäftsführer: Dr. Michael Lendle, Anselm Elles, Prof. Dr. Otto A. Strecker

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr zugestellt haben möchten, klicken Sie bitte $\underline{\text{hier}}$.

Impressum | Datenschutz